

Einige Tatsachen über den Kongo

Autor(en): **Burchett, George**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **55 (1961)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Einige Tatsachen über den Kongo

Unsere Presse und unser Radio geben uns ein Bild von den Vorgängen im Kongo, das sich in wesentlichen Punkten von demjenigen in der angelsächsischen Presse unterscheidet. Nachstehend finden unsere Leser einen gekürzten Bericht von *George Burchett* aus der Märznummer des «*Beacon*», der Monatszeitung der Unitarischen Kirche von Melbourne, Australien.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Chaos, in das der Kongo vor unseren Augen versinkt, in erster Linie auf die Machinationen des amerikanischen und belgischen «big business» zurückgeht. Finanzmagnaten, die keinerlei Hemmungen kennen, wenn es darum geht, das reichste Gebiet des Kongo, die Katangaprovinz, mit seinen unermeßlichen Schätzen an Uranium, Kupfer, Kobalt, Gold und Diamanten in ihren Händen zu behalten, bedienen sich der internationalen Institution der UNO und ihrer Vertreter für ihre Zwecke und stehen nicht einmal an, sich ihrer Tricks zu rühmen.

Man sehe sich darauf hin an, was ein J. R. Gibson in «*Wall Street Journal*» vom 30. August und 29. September vorigen Jahres über die Vorgänge im Kongo publiziert: «Die Vereinten Nationen müßten Maßnahmen zweifelhafter Rechtllichkeit (Legalität) ergreifen, wenn sie nicht die Verfügung über Uranium, Kupfer, Diamanten und andere Mineralschätze des Kongo verlieren wollen — jene Reichtümer, die bis jetzt die militärische (das Uranium der Hiroshima-Bombe stammte aus dem Kongo) und industrielle Macht des Westens gestützt hatten. Dag Hammarskjöld sei ununterbrochen in Verbindung mit dem amerikanischen Staatsdepartement gewesen, während er einen Plan ausarbeitete.»

Der Plan ging dahin, Lumumba loszuwerden. «Man mußte eine Situation herbeiführen, die der UNO einige rechtliche Handhabe bot, Lumumba, den rechtmäßigen Ministerpräsidenten abzusetzen, damit man mit dem willensschwachen Staatspräsidenten Kasavubu und andern Politikern verhandeln konnte.»

Gibsons Artikel brachte die Furcht zum Ausdruck, daß «bei Nichtannahme des Planes von Tschombe, der nur eine ganz lose Föderation vorsah, der Westen eine schwere Niederlage erleiden müßte, da nur ein loser staatlicher Zusammenhang des Kongo die Mineralreichtümer für die ‚freie Welt‘ retten würde (also nicht für die Kongolesen!)».

Der zweite Artikel Gibsons gibt seinen zynischen Kommentar zum Gelingen des USA- und UNO-Planes wieder. Er könnte unter dem Motto gehen: «*Recht* ist oft das, was sich noch durchdrücken läßt.»

Gibson schreibt: «Das amerikanische State Departement (Außenamt) begann den Generalsekretär der UNO anzutreiben (needle him), er solle handeln — *es unternahm aber auch selbst einige Schritte*. Worum es vor allem ging, war die Entwaffnung jener Einheiten der ‚Force publique‘, auf die Lumumba sich stützte, mit anderen Worten die Isolierung des links eingestellten Premiers.» Afrikanischer Wider-

stand gegen diese Taktik machte einen Schein von legalem Vorgehen notwendig. Schließlich fand sich Staatspräsident Kasavubu aus irgend einem Grund und in Überschreitung seiner verfassungsmäßigen Rechte bereit, Lumumba als Ministerpräsident abzusetzen. Zugleich ersuchte er die UNO-Kräfte, seine Maßnahmen zu unterstützen. Die UNO ging denn auch prompt in Aktion, sperrte Lumumba den Radiosender Léopoldville und hinderte ihn damit, mit seinen Anhängern außerhalb der Stadt in Verbindung zu bleiben. Zugleich übernahmen die UNO-Truppen den Flugplatz von Léopoldville.

Soweit die Darstellung der UNO-«Neutralität» im Kongo, wie sie im «Wall Street Journal» erscheint. Kein Wunder, daß sich bei solchen Taktiken die Situation für Lumumba ständig verschlimmerte und schließlich zu seiner Ermordung führte.

Um den Zwecken seiner Gegner zu dienen, wird Lumumba heute als großmauliger Fanatiker bezeichnet, und doch machte er bei seinem Besuch in Washington vom 8. August 1960, als er den Abzug der Belgier forderte, einen überraschend ruhigen und ausgeglichenen Eindruck. Das «Time Magazine» vom 8. August 1960 schrieb: «Washingtoner Beamte, die einen prahlerischen Fanatiker erwartet hatten, fanden sich einem beherrschten, sachlichen Mann gegenüber, der auf Herters Rede ohne Notizen in höflichem und korrektem Französisch antwortete, einem Mann, der einer Schar von aggressiven Journalisten gegenübertrat und auf ihre bissigsten Fragen mit ruhigem Selbstvertrauen eintrat. So sagte er, zum Beispiel: «Unsere Politik eines positiven Neutralismus sieht Kontakte vor mit allen Nationen, die uns wohlgesinnt sind und uns nicht beherrschen wollen.» Sein Auftreten bot in allen Zügen das gerade Gegenteil von dem Bild, das seine Widersacher von ihm entwerfen.

Wie Rassenhaß und Habsucht ausgebeutet werden, um zu rechtfertigen, was im Kongo geschah, zeigen Auszüge von Berichten in «US News and World Report» (der Zeitung der amerikanischen Geschäftswelt). Diese berichtete am 30. Juni 1960 (Unabhängigkeitstag): «Die belgische Schatzkammer in Afrika wird 13 Millionen Schwarzen Eingeborenen ausgeliefert.»

An diesem selben Unabhängigkeitstag schrieb Robert C. Ruark, der Afrikaspezialist der «New York World Telegram and Sun»: «Die größte Hoffnung der Finanzwelt war, daß die Unabhängigkeit ein solches Chaos entstehen lassen würde, daß dem Kongo (infolgedessen) eine neue Art von wirtschaftlichem Kolonialismus auferlegt werden könne — wobei die Weißen wie bis anhin die Führung hätten, wenn auch hinter einer schwarzen Repräsentationsfigur, einem Strohmann, dessen materielle Forderungen mit Wein, Weibern, protzigen Autos plus einem schweizerischen Bankkonto unschwer abzugelten wären.»

Selbst Edward P. Morgan in der großen Gewerkschaftszeitung «AFL-CIO News» spricht vom Kongo als «der Welt größtem Zoologischen Garten», der «zu früh befreit wurde».

Es ist leicht zu verstehen, daß bei einem bewußt erzeugten geistigen Klima dieser Art, soweit die USA an den Kongovorgängen beteiligt sind, die amerikanischen Finanz- und Geschäftskreise den Ton angaben und dafür sorgten, daß die den Fortschritt sichernden Maßnahmen unterblieben.

Schlimmer scheint uns die Tatsache, daß durch den Mißbrauch der UNO-Befriedungskräfte für die materiellen Interessen gewisser Mächte die Idee eines übernationalen Instrumentes, ähnlich wie zur Zeit des Völkerbundes, diskreditiert, ja prostituiert wird. Wir alle werden die Leidtragenden sein.

George Burchett

Über die Hilfe an unterprivilegierte Völker

Wir leben in einer Welt ungeheurerlicher Ungleichheit, in der ein Zehntel der Erdbevölkerung über 80 Prozent des gesamten Reichtums verfügt. Professor *P. M. S. Blackett* weist darauf hin, daß in der nichtsovjetschen Welt etwa 400 Millionen Menschen existieren mit einem jährlichen Durchschnittseinkommen von über 1000 Dollar und 1000 Millionen Menschen mit 100 Dollar. Dazwischen gibt es unzählige Stufen von Einkommenshöhe; an oberster Stelle stehen die USA mit über 2000 Dollar pro Kopf, während Indien und viele andere Länder per capita Einkommen von 50 bis 70 Dollar verzeichnen. «In Asien und Lateinamerika ist die Verteilung des Einkommens noch ungerechter als in Europa oder Nordamerika» sagt *Arthur Lewis*, Rektor der Universität Westindiens im «*Bulletin of the Atomic Scientists*» (Februar 1961): «Die obersten 10 Prozent der Bevölkerung beziehen 80 Prozent des Nationaleinkommens, die Großgrundbesitzer nehmen ohne Zögern die Hälfte der Ernte ihrer Pächter als Pachtzins. Ich zweifle sehr, ob solche Länder wie Laos, Bolivien, Guinea oder der Kongo, die eben erst die Vormundschaft von Tausenden französischer, belgischer oder italienischer Beamten abgeschüttelt haben, sich bereit finden werden, sich der Vormundschaft von Tausenden von Beamten der UNO oder Amerika oder Rußland zu unterstellen. In den meisten Fällen werden sie sich selber helfen müssen und das braucht Zeit. Die USA pumpt Hilfe in eine Anzahl Länder, deren Hauptwirkung darin besteht, korrupte Politiker zu bereichern.»

«Nichts ist dringender in Afrika», schreibt *Arthur Lewis*, «als eine Ausdehnung der Mittelschulbildung. Sie brauchen Agronomen, Krankenschwestern, Laboranten, Techniker, Primarlehrer, Buchhalter, Sekretäre und andere Berufsleute, deren normale Ausbildung an Mittelschulen und Berufsschulen erfolgt. Auf alle Fälle sind fünf mal so viele Absolventen von Mittelschulen nötig als Akademiker.»

«Es fällt auf, wie gut sich die Politiker der neuen Nationen mit